

NZZ-online-3. März 2016

**Volksinitiative der Alternativen Liste**

# Lohnpromille für die Kinderbetreuung

Die Initiative für einen Kinderbetreuungsfonds kommt jetzt in den Kantonsrat und im Herbst vors Volk. In der Romandie lässt sich studieren, wie solche Fonds funktionieren.

Von Walter Bernet



Initiative für einen Betreuungsfonds bald an der Urne. (Bild: Christian Beutler / NZZ)

Mit ihrer 2013 lancierten Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» will die Alternative Liste (AL) einen kantonalen Betreuungsfonds schaffen, der über eine Lohnabgabe der Betriebe von 2 bis 5 Promille finanziert wird. Die Kantone Waadt, Neuenburg und Freiburg liefern die Vorbilder. Die Initianten streben zwei Hauptziele an, wie Maria Eisele am Donnerstag als Vertreterin des Initiativkomitees vor den Medien ausführte: Erstens soll mit den jährlich rund 120 Millionen Franken aus dem Fonds das Angebot auch in kleinen und ländlichen Gemeinden gezielt ausgebaut werden, und zweitens sollen die Elternbeiträge in allen Gemeinden des Kantons spürbar reduziert werden.

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist im Kanton Zürich Sache der Gemeinden und wird im Durchschnitt zu rund zwei Dritteln durch Elternbeiträge und zu einem Drittel durch Subventionen der Gemeinden finanziert. Zum Teil beteiligen sich auch Arbeitgeber mit eigenen Krippen oder mit für ihre Mitarbeiter gekauften Krippenplätzen. Die Initianten hatten an die Medienkonferenz Susanne Stern eingeladen. Sie ist Mitautorin einer Studie des Büros Infras und des Schweizerischen Instituts für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität St. Gallen über die Krippenkosten im internationalen Vergleich. Das zentrale Ergebnis ist, dass die Kosten der Schweizer Krippen sich nicht wesentlich von denen in den Nachbarländern unterscheiden, die Finanzierung aber in wesentlich höherem Mass auf den Beiträgen der Eltern basiert und diese zum Teil enorm belastet. Auch innerhalb der Schweiz sind die Unterschiede gross: In der Waadt, wo die öffentliche Hand knapp die Hälfte der Kosten trägt, bezahlen die Eltern nicht wie in Zürich zwei Drittel, sondern 38 Prozent der Kosten. Zudem sind in den Zürcher Gemeinden weniger Krippenplätze subventioniert.

In der Waadt ist die Besserstellung der Eltern die Folge der Schaffung eines Fonds im Jahr 2006, wie er in vergleichbarer Form jetzt auch im Kanton Zürich – analog zum Berufsbildungsfonds – eingerichtet werden soll. Hauptinitiantin war – wie Niklaus Scherr vom Initiativkomitee betonte – eine freisinnige Kantonsrätin. Im Fonds fliessen Mittel der Unternehmen, des Kantons und der Loterie Romande zusammen. Ein solches Modell mit den drei Säulen Eltern, öffentliche Hand und Wirtschaft schwebt den Initianten auch für Zürich vor. Den Einbezug der Zürcher Wirtschaft hält Scherr für gerechtfertigt, weil dieser dank der Betreuung mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, aber auch weil sie bei der Einführung einheitlicher Kinderzulagen in der Schweiz leicht entlastet worden sei und bald erheblich von der Unternehmenssteuerreform III profitieren werde.

Die Kommission für Bildung und Kultur des Kantonsrats empfiehlt die Initiative wie die Regierung zur Ablehnung. Für die Mehrheit ist der Fonds ein zentralistisches Instrument, das Betriebe und Selbständigerwerbende in einem schwierigen Umfeld zusätzlich belastet. Die Gestaltung der Elternbeiträge sei Gemeindesache. Meistens seien diese einkommensabhängig ausgestaltet. Es gebe keine Veranlassung, in die Kompetenzen der Gemeinden einzugreifen.